

die Kirche sprechen? Kirchen haben ja viele Ebenen: Die Kirchenleitungen, die Verwaltung, ihre Werke und Einrichtungen, Gemeinden, Gruppen und Einzelpersonen. Aber sie waren nicht alle gleich in Abhängigkeit geraten. Nach meinem subjektiven Urteil sehe ich aber in den OV- und OPK-Akten etwas von dem, was verdient, Kirche genannt zu werden. In den einschlägigen IM-Akten lese ich von den ungeheuerlichen Beschädigungen, die die Kirche erfahren hat. Zu den Beschädigungen gehört auch der ungeheure Substanzverlust, der Mitgliederschwund, der Ausdruck eines gebrochenen Willens zur Selbstbehauptung war. Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich danke Ihnen, Herr Neubert, für Ihr Referat. Der Beifall hat Ihnen gezeigt, wie dankbar Ihre hochinformativen Ausführungen aufgenommen wurden. Sie haben, indem Sie einige Skurrilitäten in der operativen Arbeit der Staatssicherheit zur Sprache brachten, gezeigt, wie schnell die Banalität der Stasimacht ins Lächerliche umkippen konnte. Sie verlor darüber dennoch niemals ihren Schrecken. Ich darf nun Herrn Dr. Vollnhals aufrufen zu seiner Fallstudie „Die Stasi-Akte Gerhard Lotz“.

Dr. Clemens Vollnhals: Herzlichen Dank. Nun eine Fallstudie, das heißt, das Thema in kleiner Münze. Ich berichte über Gerhard Lotz, sein Wirken, soweit es aus der Aktenlage erkenntlich ist. Hierbei beziehe ich mich nicht ausschließlich auf die MfS-Akte, sondern auch auf Akten der SED, der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen des Rates des Bezirkes und andere erreichbare Quellen. In der gebotenen Kürze werde ich vieles auslassen müssen und auf einige Punkte, die mir wesentlich erscheinen, hindeuten. Eine etwas längere Fassung wird im Anschluß an das Referat verteilt werden.

Gerhard Lotz, 1911 in Altenburg geboren, trat bereits 1938 als Assessor in den Dienst des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen. 1942 wurde er zum Kirchenrechtsrat befördert; und obgleich an einer Hochburg der radikalen Deutschen Christen angestellt, gehörte Lotz aus Überzeugung keiner NS-Organisation an. Nach der Rückkehr aus Kriegsdienst und Gefangenschaft war er bis zu seinem Ruhestand 1976 als Oberkirchenrat und Leiter des Landeskirchenamtes tätig. Ab 1948 amtierte er auch als Stellvertreter des Landesbischofs in weltlichen Angelegenheiten. Weiterhin gehörte Lotz von 1956 bis 1976 dem Hauptvorstand der CDU an. Im selben Jahr wurde er in das Präsidium des Weltfriedensrates berufen. Wenig später wirkte er als Vizepräsident des Friedensrates der DDR. Von 1968 bis zu seinem Ruhestand war er als Volkskammerabgeordneter für die CDU tätig. Erste Hinweise, daß Lotz enge Verbindung zum MfS hielt, gab es seit Anfang der sechziger Jahre. Das ganze Ausmaß der gemeinschaftszersetzenden Tätigkeit wurde jedoch der Öffentlichkeit erst im Juni letzten Jahres bekannt, als der „Spiegel“ einen langen Bericht aus der Akte publizierte.

Die Anwerbung von Gerhard Lotz als „Geheimer Mitarbeiter“ – das ist eine Vorläuferbezeichnung des IMB, sozusagen des Adels unter den inoffiziellen

Mitarbeitern – fand im Laufe einer vierstündigen Unterredung mit Franz Sgraja, der damals Referatsleiter im MfS für die evangelische Kirche war, am 21. März 1955 statt. Von einer schriftlichen Verpflichtung wurde ausdrücklich abgesehen, was nach den MfS-Richtlinien bei hochgestellten Personen, vor allem bei kirchlichen Würdenträgern, zulässig war. Lotz erklärte sich zur konspirativen Zusammenarbeit bereit und charakterisierte bereits beim zweiten Treffen „kirchliche Würdenträger, die die Möglichkeit einer Anwerbung bieten“, so der Bericht Sgrajas. Auch nach Kenntnis zahlreicher IM-Akten stellt diese sofortige bedingungslose Zusammenarbeit einen außergewöhnlichen Vorgang dar. Die Zusammenarbeit mit dem MfS erfolgte vornehmlich auf der Basis politischer Überzeugung. Lotz hatte sich frühzeitig auf lokaler und überregionaler Ebene in der SED-gesteuerten Volkskongreß- bzw. der späteren sogenannten Friedensbewegung engagiert, was ihm bald in kirchlichen Kreisen den Spitznamen „der rote Lotz“ eintrug. Auch die Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK der SED beurteilte sein politisches Engagement sehr positiv und ließ beispielsweise im Februar 1955 einen Rundfunkkommentar, in dem sich Lotz scharf gegen die Pariser Verträge ausgesprochen hatte, an alle SED-Bezirksleitungen verteilen mit der Maßgabe, das doch in der propagandistischen Arbeit mit Kirchenvertretern zu benutzen. Ich übergehe hier nun einen längeren Abschnitt, der den Anwerbungsvorgang detailliert schildert, werde auch nachher Passagen zur konspirativen Zusammenarbeit mit dem MfS, zur Überlieferung der Akte, ihres Umfangs, Archivierung und dergleichen übergehen. Sie können das bei Interesse nachlesen.

Oberkirchenrat Lotz lieferte dem MfS alle gewünschten Informationen, soweit die Beschaffung in seiner Macht stand. Er übermittelte von Anfang an personalpolitische Interna jeglicher Art, erteilte aus kirchlichen Personalakten Auskünfte über NS-belastete Pfarrer und Oberkirchenräte, ermittelte im Auftrag seines Führungsoffiziers, ob der Bischof Frauenbekanntschaften unterhalte. Er übergab dienstliche Schreiben, Protokolle von Bischofskonferenzen, Ratstagungen der EKD oder Referentenbesprechungen, Haushaltspläne und Statistiken, oder teilte deren Inhalt mit. Franz Sgraja, der gleichzeitig den Dresdner Kirchenjuristen Konrad Müller – IM Konrad – und den Greifswalder Kirchenjuristen Dr. Hans-Joachim Weber – IM Bastler – führte, schätzte den Wert der von Lotz übermittelten Informationen als sehr hoch ein, „da durch ihn Informationen dem MfS zugänglich waren, die bisher von keiner anderen Seite gebracht wurden“. Lotz berichtete nicht nur über kirchenpolitische Interna. Er nahm auch persönlich an einer Aktion zur heimlichen Durchsuchung des Arbeitszimmers von Bischof Mitzenheim teil. Er unterstützte den Staatssicherheitsdienst bei der Ermittlung jener Personen, die als Kuriere und Geldboten die Verbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland aufrechterhielten und damit nicht selten ein großes persönliches Risiko eingingen. Für seine Verdien-

ste bei der operativen Bearbeitung des Direktors der Evangelischen Akademie in Eisenach sowie eines Pfarrers, die angeblich in Verbindung mit dem BND gestanden haben sollen, erhielt Lotz Sach- und Geldgeschenke im Wert von 400 DM. Als sich Akademiedirektor W., der unter Druck erneut für das MfS geworben werden sollte, dem Bischof offenbarte, teilte dies Lotz, wie auch in anderen Fällen, umgehend seinem Führungsoffizier mit.

Wenn es nötig war, wurde er auch im Ausland für seine Auftraggeber aktiv. Als etwa die Bischöfe Mitzenheim und Noth aus Dresden und Jänicke aus Magdeburg im September 1959 die UdSSR bereisten, hielt Lotz, der ebenfalls der Delegation angehörte, die Verbindung zu den „Freunden“ vom KGB, „wo laufende Auswertungen vorgenommen und Detailfragen durchgesprochen wurden“. Lotz, und das scheint mir nun das Interessante, war kein gewöhnlicher Informant der Staatssicherheit, auch wenn er in der Spitzeltätigkeit eine beachtliche kriminelle Energie an den Tag legte. Seine eigentliche Bedeutung für das MfS lag auf einem anderen Gebiet. Lotz besaß einen scharfen politischen Verstand, er vermochte strategische Konzeptionen zu entwickeln und sie mit taktischem Geschick umzusetzen. Damit wurde Lotz zu dem vermutlich bedeutendsten MfS-Einflußagenten der fünfziger und frühen sechziger Jahre. Als Ziel der inoffiziellen Zusammenarbeit hatte Sgraja schon in seinem Bericht über das Werbungsgespräch am 21. März 1955 drei Punkte herausgestellt:

- a) Informationsquelle,
- b) Bearbeitung mit dem Ziel der Anwerbung des Bischofs Mitzenheim,
- c) Organisierung von Maßnahmen durch die Kirchenleitung Thüringen, die sich für die gesamte Republik positiv auswirken können.“

Diese Aufgabenstellung verweist auf eine langfristig angelegte Konzeption, die das MfS im Auftrag der SED bereits in den fünfziger Jahren avisierte – die Unterwanderung und mittelbare Steuerung der evangelischen Kirche durch inoffizielle Mitarbeiter. Die geplante Anwerbung des Landesbischofs, um dies vorwegzunehmen, kam nicht zustande. Dennoch gelang es dem MfS, Mitzenheim über Lotz und andere IM in seiner Umgebung so zu beeinflussen, daß er seine ursprüngliche Distanz zum SED-Staat allmählich aufgab und sich schließlich zum Vorreiter einer besonders staatsloyalen Haltung entwickelte. Dies läßt sich nun anhand der SED- und MfS-Akten beispielhaft an der Entstehungsgeschichte der schon angesprochenen gemeinsamen Erklärungen des berühmten Kommuniqués vom 21. Juli 1958, belegen, die als politische Loyalitätserklärung – die Christen „respektieren die Entwicklung zum Sozialismus“ – für die SED von großem Nutzen war, der aber keine Taten zur Beendigung der Diskriminierung christlicher Bürger folgten. Trotz dieser bitteren Enttäuschung ließ sich Mitzenheim immer wieder überreden, weitere propagandistisch ausnutzbare Erklärungen abzugeben. So setzte Lotz den offenen Brief Mitzenheims an Ministerpräsident Grotewohl vom April 1959 auf, was zusammen mit der Stellungnahme Mitzenheims zum 10. Jahrestag der

DDR und anderer Äußerungen die Kluft zu Bischof Dibelius und den übrigen Landeskirchen weiter vertiefte. Nicht zuletzt war es der Überredungskunst Lotz' zuzuschreiben, daß Mitzenheim am 17. August 1961, vier Tage nach dem Mauerbau, aus der Hand Walter Ulbrichts den Vaterländischen Verdienstorden in Gold entgegennahm, obwohl er das zwei Tage zuvor telegrafisch abgesagt hatte. Vollends deutlich wurde die sich nun anbahnende Isolierung Mitzenheims, als er 1962, ungeachtet massiver staatlicher Pressionen, von der Kirchlichen Ostkonferenz nicht mehr zum Stellvertreter Krummachers gewählt wurde. Seinen Sitz im Rat der EKD hatte er bereits ein Jahr zuvor verloren. Diese Niederlage, von Mitzenheim als tiefe Demütigung empfunden, trieb ihn, so meine Einschätzung, endgültig auf die Seite jener „positiv realistischen“ Kräfte, die wenig später den „Thüringer Weg“ als Modell für die gesamte evangelische Kirche propagierten. Lotz beriet vor und nach dem Erlaß wichtiger staatlicher Maßnahmen die zuständigen MfS-Offiziere der Hauptabteilung V bzw. ab 1964 der Hauptabteilung XX/4, schätzte kirchliche Reaktionen ein, unterbreitete detaillierte Vorschläge, wie der innerkirchliche Differenzierungsprozeß am besten zu befördern sei. Diese konzeptionelle Zuarbeit war für das MfS von außerordentlicher Bedeutung, besaßen doch anfangs die für Kirchenfragen zuständigen Mitarbeiter nur geringe Kenntnisse über die evangelische Kirche, ihre Organe und internen Verhältnisse. Lotz war mit seinem Wissen auch ein gefragter Gesprächspartner staatlicher Stellen. Er beriet die Referenten beim Rat des Bezirkes in Erfurt ebenso wie das Staatssekretariat für Kirchenfragen, namentlich die Staatssekretäre Eggerath und Seigewasser, oder den Hauptvorstand der CDU, der jedoch bei der Ausformulierung der SED-Kirchenpolitik zunehmend an Einfluß verlor. Ein wichtiges Beratungsgremium der frühen Jahre stellte auch die Herausgeberkonferenz der 1955 gegründeten Zeitschrift „Glaube und Gewissen“ dar, die ihre Existenz einem Beschluß des SED-Politbüros verdankt. An den monatlichen Besprechungen nahm auch Willi Barth teil, der von 1957 bis 1976 die Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK leitete. In all diesen Kreisen wirkte Lotz als unentbehrlicher und geschätzter Ratgeber. Lotz agierte nicht als Einzelgänger, sondern versammelte in Thüringen zielgerichtet einen Kreis Gleichgesinnter, um den schwankenden Landesbischof kirchenpolitisch festzulegen. Dem Führungsgremium des Anfang 1958 gegründeten „Weimarer Arbeitskreises“ gehörten neben Lotz an: Oberkirchenrat Gerhard Säuberlich, bis 1943 Leiter der Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft, der Rektor des Predigerseminars Dr. Karl Brinkel, der Weimarer Superintendent Ingo Braecklein, ab 1959 Oberkirchenrat und Professor Walter Grundmann, der von 1955 bis 1975 das Eisenacher Katechetenseminar leitete. Im Dritten Reich war Grundmann als radikaler Deutscher Christ und Leiter des Institutes zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben in Erscheinung getreten. Der Weimarer Arbeitskreis organisierte auf innerkirchlicher Ebene die damals noch heftig umstrittene Annäherung an den SED-Staat. So führte

er Ende 1958 gegen den Willen des Landesbischofs den Synodalbeschuß zur „praktischen Vereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation“ herbei, womit die bis dahin geschlossene Ablehnungsfront durchbrochen war. Hierfür gab es sicherlich gute Gründe, da die Gemeinden dem staatlichen Druck in der Regel nicht standhielten. Es läßt sich an diesem Beispiel aber auch die gezielte Einflußnahme des MfS nachweisen. Der Weimarer Arbeitskreis wurde mit inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt. Im Führungsgremium hatte das MfS mit Lotz, Braecklein – IM Ingo –, der seit 1956 als Kontaktperson geführt und 1959 angeworben worden war, und Grundmann – IM Berg – ohnehin die Mehrheit. Dabei sollte es auch künftig bleiben. Im Mittelpunkt aller Bemühungen stand die kirchliche Personalpolitik, auf die das MfS in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen einzuwirken versuchte. Häufig mit Erfolg, wie eine von Pfarrer Walter Schilling herausgegebene Dokumentation eindrücklich aufweist. Das mit den Jahren immer dichter werdende IM-Netz, das eine beachtliche Anzahl von Oberkirchenräten, Superintendenten und Kirchenjuristen umfaßte, erlaubte eine wirksame Einflußnahme auf innerkirchliche Entwicklungen und Entscheidungen. Den wohl größten Triumph der Staatssicherheit stellte in dieser Hinsicht die Wahl Braeckleins zum Landesbischof 1970 dar, den Lotz schon 1959 dem MfS als potentiellen Bischofsnachfolger empfohlen hatte. Als Braecklein acht Jahre später aus Altersgründen in den Ruhestand trat, versuchten SED und MfS, Oberkirchenrat Walter Saft – IM Salzmann – als Nachfolger aufzubauen. Seine Nominierung wird im Landeskirchenrat von Braecklein sowie von vier Oberkirchenräten, die ebenfalls als IM geführt wurden, unterstützt. Die Synode wählte jedoch nach langem Ringen den als reaktionär geltenden Kandidaten Werner Leich.

Bei allen Erfolgen, die das MfS bei der Infiltration der Thüringischen Landeskirche erzielte – eine völlige Kontrolle der innerkirchlichen Entwicklung blieb der Staatssicherheit versagt. Die plurale Verfassung der evangelischen Kirche und vor allem das an demokratischen Spielregeln ausgerichtete Synodalprinzip stellten für die Außensteuerung eine nur schwer zu überwindende Barriere dar. Das MfS war omnipräsent, aber bei weitem nicht allmächtig. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Auch Ihnen, Herr Vollnhals, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Vor allem danke ich Ihnen, daß Sie sich an die Zeit gehalten haben. Ich glaube, es war sehr sinnvoll, daß Sie mit Ihrer Fallstudie am konkreten Beispiel dargetan haben, was der Herr Neubert generell ausgeführt hat. Ein Blick auf die Uhr zeigt, daß wir für die Diskussion knapp 40 Minuten Zeit haben. Ich erlaube mir die Bitte an die Fragesteller, sich auf Fragestellungen zu beschränken, (Beifall) damit die Referenten noch eine Chance haben, auf die an sie gerichteten Fragen zu antworten. Ich eröffne meine Fragenliste. Die erste Wortmeldung liegt mir von Herrn Dehnel vor.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Aus den vorangegangenen Ausführungen wie auch